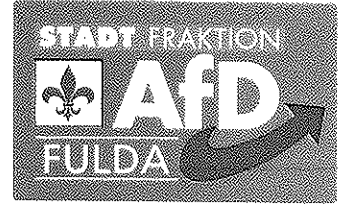


# Antrag der AfD/Bündnis-C Fraktion zur unmittelbaren Beschlussfassung nach §13 I GO



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 27. Dez. 2021

*[Handwritten Signature]*

22

AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Magistrat der Stadt Fulda  
Schlossstraße 1  
36037 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fraktion in der  
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

[pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de](mailto:pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

17.12.2021

## **Plan B gegen Corona - Statt Angst & Panikmache eine 180°-Wende einleiten zu einer Politik der Hoffnung & der Zuversicht**

Die „AfD/Bündnis-C“-Fraktion beantragt zur SVV am 31.01.2022 unmittelbar wie folgt zu beschließen:

### **Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fulda**

- in der Erwägung, dass Oberbürgermeister Dr. Heiko Wingenfeld als Präsident des Hessischen Städtetages Anfang Dezember die Entscheidung dieses Gremiums verkündete, wonach der Spitzenverband für eine Impfpflicht votierte.
- beauftragt den Magistrat
  - I. im Hessischen Städtetag die Initiative „Plan B gegen Corona - Statt Angst & Panikmache eine 180°-Wende einleiten zu einer Politik der Hoffnung & der Zuversicht“ einzubringen.
  - II. die zentralen Merkmale eines notwendigen „Plan B gegen Corona“ dabei herauszustellen, die wie folgt lauten
    - Gesundheitssystem hochfahren, statt an die Wand fahren.
    - Zuversicht und Zusammenhalt statt Panik und Spaltung.
    - Corona-Therapiemöglichkeiten verbessern.
    - Kein Zwang, keine Unterdrückung, keine Impfpflicht.
    - Endlich wieder leben. Wie ein normaler Mensch.
  - III. eine solche Initiative auf die folgende Begründung zu stützen.

## Begründung:

Fast zwei Jahre Corona -Maßnahmen liegen hinter uns. Das Ergebnis ist eine gespaltene Gesellschaft, umfangreiche Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten und nach wie vor hohe Infektionszahlen. Die Maßnahmen führen nicht zum Erfolg, Zeit für eine Alternative!

**Nein zur Diskriminierung gesunder Menschen. Ja zum Plan B gegen Corona.**

**Das „B“ steht für**

- Die **Bewahrung von Grund- und Freiheitsrechten**. Denn Grundrechte sind Grundrechte – keine Geimpferechte.
- Die **Besserung im Bereich der Corona-Therapie-möglichkeiten**.
- Die **Befreiung aus einem System der Unterdrückung und des Zwangs**, das die Regierenden unter dem Deckmantel der Gesundheit geschaffen hat.
- **Bewusstwerden, dass wir unser Gesundheits-system aus der Profitmaximierung herausholen und die Arbeitsbedingungen verbessern müssen!**

## **Für Einigkeit und Recht und Freiheit.**

Deutschland ist zerrissen. Zwischen Geimpften und Ungeimpften sind tiefe Gräben, die die politische „Elite“ mit ihren Schaufelbaggern der Spaltung ausgehoben haben. Schuld sind nicht die Ungeimpften. Schuld ist die Politik, die mit Zwang und Bevormundung auf die Impfung als alleiniges Heilmittel und „Game-Changer“ setzt. Auf eine Impfung, die so „gut“ wirkt, dass permanent „geboostert“ werden muss. Und wer eben nicht die halbjährliche Spritze will, gilt als ungeimpft. Die rund 70 Prozent der Deutschen (die mehr oder weniger freiwillig ihre Ärmel für zwei Spritzen hochkrepelten) müssen sich halbjährlich nach-spritzen lassen. Kommt dann die erhoffte Normalität? Fehlanzeige. Denn statt echter Normalität bleibt's beim Ausnahmezustand mit der Corona-Varianten-Varietät.

„Eine Impfpflicht wird es nicht geben!“, wurde uns garantiert. Jetzt steht sie vor der Tür. Mit halbjährlichem Impf-Abo. Die Impfpflicht kommt nicht wegen der Ungeimpften.

Sie kommt wegen einer machtbesessenen politischen „Elite“. Statt auf Zuversicht zu setzen und das Gesundheitssystem hochzufahren, verbreitet man weiter Panik und fährt unser Land an die Wand.

## **Impfpflicht ist Eintrittskarte ins Überwachungs- und Zwangsregime**

Die Impfpflicht ist nicht die Eintrittskarte in die Normalität. Sie ist die Eintrittskarte in ein Überwachungs- und Zwangsregime, das unter dem Deckmantel der "Bleiben Sie gesund"-Propaganda unsere Grundrechte mit Füßen tritt und an einer Rückkehr zur echten Normalität gar nicht interessiert ist. Mit der allgemeinen Impfpflicht gesellt sich Deutschland in die Reihe der „Vorzeige-Demokratien“ Turkmenistan oder Tadschikistan.

### **180°-Wende!**

*... ist nötiger denn je. Seit Beginn der Corona-Maßnahmen im Frühjahr 2020 läuft das Leben der Menschen einfach nicht mehr normal. Auch in der Stadt Fulda nicht.*

**Grund- und Freiheitsrechte werden eingeschränkt** Lockdowns, Ausgangssperren, Kontaktbeschränkungen, Maskenpflicht, Zutrittsbeschränkungen, Testpflicht und ein Impfwang wurden in Stellung gebracht. Die „hohe Politik“ will damit eigenen Angaben zufolge das Land sicher durch die Pandemie bringen.

Das Ergebnis sieht leider anders aus: Die Maßnahmen hatten einen beinahe irreparablen Schaden für die Wirtschaft unserer Region zur Folge, die Zahl der Menschen in Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit stieg an.

**Kollateralschäden: Die „Medizin“ schadet mehr als die Krankheit.**

Firmenpleiten und zerstörte Existenzen von Klein- und Mittelunternehmern sowie soziale, kulturelle und auch gesundheitliche Kollateralschäden abseits von Corona, ein rasanter Anstieg an Patienten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie als Folge von Heimunterricht und Lockdown sind das Ergebnis der Corona-Politik.

In der größten Krise unseres Landes war es dabei Mitgliedern der CDU-Bundestagsfraktion in der vorangegangenen Legislatur nicht einmal peinlich, über Masken- und Hilfsgüterdeals umfangreiche Provisionszahlungen zu erzielen und sich persönlich an der Not der Mitbürger zu bereichern.

## **Pandemie der gebrochenen Versprechen**

Die Bürger wurden dabei von Beginn an mit immer neuen weiterreichenden Maßnahmen konfrontiert. Angeblich sollten diese Maßnahmen auch nicht lange anhalten.

*Wenn wir alle vier Wochen Masken tragen, ist die Pandemie vorbei.*

*Wenn wir vier Wochen Wellenbrecher-Lockdown einhalten, ist die Pandemie vorbei und wir können Weihnachten ungehindert feiern.*

*Wenn wir einen Impfstoff haben, ist es vorbei.*

Nur ein paar Wochen, hieß es. Doch die „hohe Politik“ nahm den Menschen bislang 20 Monate ihres Lebens. Die Bürger trugen Masken, ließen sich impfen und boostern. All das aber reicht angeblich noch nicht.

## **Impfung ist nicht der „Game-Changer“**

Seitdem die Impfstoffe mit nur bedingter Zulassung auf den Markt kamen, fokussierte sich die politische Führung auf die Impfung als einzigen Ausweg aus der Krise. Die Versprechungen, was die Impfung alles könne, wurden allerdings immer weiter abgeschwächt.

In Fulda sollten die Impfungen weiter nach oben getrieben werden: Mit der breit angelegten Impf-aktion #ÄrmelhochFulda. Sie kostete viel Aufwand und viel Geld. Im Laufe der Zeit wurden die Aussagen immer vorsichtiger. Es hieß dann:

*Die Impfung schützt vor schweren Verläufen.*

*Die Impfung verhindert, dass man auf der Intensivstation landet.*

Unter die Zahl der Neuinfektionen mischen sich immer mehr Impfdurchbrüche. Entgegen der Versprechungen versterben auch jeden Tag Menschen in deutschen Kliniken, die vollständig geimpft waren. Nach Bayerns Ministerpräsident Markus Söder Aussage kommt heraus, dass zehntausende Patienten, bei denen der Impfstatus unbekannt ist, einfach zu den Ungeimpften gerechnet werden. Die Stadt Weimar veröffentlicht keine Zahlen mehr zu Geimpften auf den Intensivstationen. Das wäre Wasser auf die Mühlen der „Coronaleugner“. Anstatt die

Wirksamkeit der Impfpräparate zu hinterfragen, baut die politische Führung ein Zwangsregime auf. Dieses Zwangsregime hat das einzige Ziel, all jene, die bislang aus unterschiedlichsten Gründen nicht geimpft sind, an die Nadel zu zwingen.

## **Willenbrecher-Lockdown für Ungeimpfte**

Als bislang letzten Akt des Angriffs auf Gesunde und durch die 3G-Regel am Arbeitsplatz hat die Landesregierung nun einen Quasi-Lockdown über Ungeimpfte verhängt. Wer gesund durch die Pandemie kam, wird nun quasi inhaftiert, ohne etwas Unrechtes getan zu haben. Arbeiten, Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zahlen: Ja. Teilnahme am Gesellschaftsleben, Einkäufe etc.: Nein!

Dieser verfassungswidrige Schritt, der gegen alle Grund- und Freiheitsrechte verstößt, bildet eine neue „Qualität“ von Menschenverachtung und Kaltherzigkeit.

Mit diesem Schritt treibt die politische Führung ihre Hetzkampagne gegen Ungeimpfte auf einen neuen traurigen Höhepunkt und tritt aus ihrer gescheiterten Corona-Strategie die Flucht nach vorne an.

Es handelt sich um reine Sündenbockpolitik ohne Beachtung irgendeiner medizinischen Evidenz. Denn es ist nun einmal Tatsache, dass gerade die mangelhafte Wirksamkeit des Impfstoffes die Pandemie weiter vorantreibt.

Gesundheitsdezernent Schmitt und Co. verschließen die Augen vor explodierenden „Inzidenzen“ in Ländern mit hoher Impfquote genauso wie sie die steigende Zahl an Impfdurchbrüchen ignorieren. Die „hohe Politik“ läuft mit dem Impfbrett vor dem Kopf gegen die Wand. Die Infektionszahlen werden trotz dieser Diskriminierungsmaßnahme weiter steigen. Angemerkt sei zudem auch: Ein anlassloser, positiver Corona-Test sagt zunächst nichts über eine tatsächliche Erkrankung aus. Sogar das Deutsche Netzwerk Evidenz-basierte Medizin macht klar: *„Für Personen, bei denen kein begründeter Verdacht auf eine Infektion vorliegt, ist die Aussagekraft eines einzelnen positiven Testergebnisses verschwindend gering.“*

Diese Vorgangsweise widerspricht auch ganz klar der Entschließung 2361 (2021) des Europarats vom 27. Januar 2021, die eine Diskriminierung von Covid-19-Ungeimpften ganz klar verurteilt und ausschließt.

Dabei erweist sich auch das 2G Modell als schwerwiegender Fehler. Geimpfte werden in einer Sicherheit gewährt, die ihnen die aktuellen Impfstoffe nicht verschaffen. Die Folge sind Hotspot-Events auch auf 2G Veranstaltungen und eine Vielzahl von erkrankten, vollständig geimpften Bürgern.

## **Unlogik und Nebenwirkungen der Impfungen**

Ungeimpfte sollen von der Wirksamkeit der Impfung weiterhin überzeugt werden. Geimpfte sollen aufgrund der schlechten Wirksamkeit der ersten und zweiten Impfung von der Booster-Impfung überzeugt werden.

Die Vielzahl der berichteten Impfnebenwirkungen wird öffentlich nicht thematisiert. Bei der Werbung z.B. für Kopfschmerztabletten aber wird ausnahmslos auf Risiken und Nebenwirkungen sowie auf die Rücksprache mit einem Arzt oder Apotheker verwiesen.

Immer mehr Arztpraxen lehnen die Teilnahme an der Impfkampagne ab. Es heißt: „Die in unserem Patientenklitel erkennbare Nebenwirkungsrate erscheint uns zu hoch, die Schutzwirkung vor allem auf Dauer zu niedrig.“

Dass die Maßnahmen der Bundesnotbremse durch das Bundesverfassungsgericht als verfassungskonform beschieden wurden, ändert nichts an unserer Feststellung: Die politische Führung hat dilettantisch – wie bei vielen anderen Krisen auch – reagiert und gehandelt. Denn

das Ergebnis dieser Maßnahmenpolitik ist erschreckend. Eine Verbesserung oder gar eine Rückkehr zur Normalität ist gar nicht erkennbar und scheinbar auch gar kein Ziel der politischen Agenda.

*Eine Rückkehr zur Normalität ist ganz offensichtlich überhaupt nicht erwünscht!*

## **Kein Zwang!**

**Keine Impfpflicht. Impfen muss freiwillig sein.**

Über allen Maßnahmen steht das Prinzip der Freiwilligkeit. Jeder, der sich impfen lassen will, soll das tun – aber nicht an der Supermarktkasse, im Bus oder gar im Bordell, sondern nach einem Gespräch mit dem Arzt des Vertrauens. Für die Impfung von Kindern und Jugendlichen gibt es keinen Grund. Jeder, der sich am Ende nach einem Aufklärungsgespräch mit dem Arzt des Vertrauens und der Abwägung der positiven und negativen Auswirkungen gegen die Impfung entscheidet, darf keinen Nachteil daraus erhalten.

## **Antikörper-Erhebung**

**Flächendeckend.**

Die Grundlage für den „Plan B“ soll eine flächen-deckende Antikörper-Erhebung sein, denn nur dann weiß man, wer sich nicht infizieren kann bzw. mit maximaler Wahrscheinlichkeit vor einer Infektion geschützt ist. Wer eine entsprechende Anzahl an Antikörpern aufweist, der hat einen Schutz und muss als immunisiert gelten.

Es muss dabei egal sein, ob diese Antikörper aus der Impfung, einer erwiesenen Corona-Infektion oder aus einer Infektion kommen, die jemand gar nicht bemerkt hat. Ab einem entsprechenden Antikörper-Level gilt man als immunisiert. Es ist für uns unverständlich, warum die „hohe Politik“ bislang kein Interesse an dieser Statuserhebung hat. Stattdessen sollen offenbar alle diskriminiert werden, die nicht an einer experimentellen Impfung teilnehmen wollen. Aus der großen Antikörperstudie würde auch eine solide Datenbasis über die Wirksamkeit der Impfung und sogar der einzelnen Impfstoffe geschaffen werden.

Bei all jenen, die keine Antikörper haben, sollte mit PCR-Tests gearbeitet werden, sobald sie Symptome haben. Und dann muss sofort ein Arzt die Behandlung des mit dem Coronavirus infizierten Patienten übernehmen. Damit gelingt eine Rückkehr zur medizinischen Normalität. Die Betreuung von Infizierten und Erkrankten darf nicht in der telefonischen Ansprache des Gesundheitsamts erfolgen, sondern muss vom Arzt übernommen werden. Dabei ist es egal, ob jemand geimpft ist oder nicht.

## **Frühzeitige Behandlung durch einen Arzt zur Schonung des Gesundheitssystems**

Ein Schwerpunkt des „Plan B“ ist die frühzeitige Behandlung von symptomatischen Menschen, damit ein schwerer Krankheitsverlauf mit Hospitalisierung verhindert werden kann. Bei Covid-19 handelt es sich um eine Virusinfektion der oberen Atemwege. Für deren Behandlung gäbe es eine Reihe zugelassener Medikamente, die – vom Arzt auf den jeweiligen Patienten zugeschnitten – zur Anwendung kommen können und müssen.

Für die mögliche zweite Phase, die Entzündungsphase der Gefäßwände, gibt es ebenfalls eine Vielzahl an Medikamenten, die schon jetzt im Einsatz sind und die sich bewährt haben, wie etwa Cortison in verschiedenen Abstufungen, Blutgerinnungsmittel, sowie Mittel, die die Viruslast senken können. Es gibt dabei kein Patentrezept für alle. Es gibt aber ein sehr gutes Arsenal an Wirkstoffen, das ein Arzt auf Basis des individuellen Risikoprofils des Patienten anwenden kann und soll. Auf diese Weise erreicht man eine hohe Wahrscheinlichkeit, schwere Verläufe zu verhindern. Das entlastet unser Gesundheitssystem, mit dessen Auslastung derzeit das Herunterfahren unseres Landes begründet wird, welches aktuell wieder – für Ungeimpfte –

vom Gesundheitsminister verordnet wurde.

## **Forschung und Weiterentwicklung von Medikamenten**

Impfstoffhersteller machen Milliarden Gewinne. Deutschland hat bislang 9 Mrd. Euro für Impfdosen bezahlt.

Für die Entwicklung von Impfstoffen waren es 1,3 Mrd. Euro. Wie die Impfung „wirkt“, sehen wir ja. Die Entwicklung von Medikamenten hingegen unterstützte die Regierung lediglich mit 50 Mio. Euro. Man erkennt die Schwerpunkte.

## **Gesundheitssystem hochfahren!**

Den rund 30 Prozent der Ungeimpften gibt man die Schuld für den drohenden Kollaps des Gesundheitssystems. Das aber hat nicht der ungeimpfte Steuer- und Beitragszahler zerstört. Es war die Politik, die es über Jahrzehnte heruntergewirtschaftet hat. Jetzt werden die Ungeimpften als Sündenböcke diffamiert.

Schon vor Beginn der Panik-Pandemie, im Herbst 2020, warnte der Bundesrechnungshof: 10 % der Kliniken seien von Insolvenz bedroht, 40 % verzeichneten massive Verluste.

Profitmaximierung hat unser Gesundheitssystem heruntergewirtschaftet. Im Jahr 2005 gab es noch 2.139 Kliniken in unserem Land. Im Jahr 2019 mehr als 200 weniger: 1.914. In 2005 wurde das „DRG“-Abrechnungssystem für Krankenhäuser eingeführt. Dadurch und seitdem steht Gewinnmaximierung an erster Stelle. Wir von der AfD wollen ein Ende des DRG-Systems. Es führt zur Vernachlässigung der Patienten und gleichzeitig zur Überlastung des Krankenhauspersonals.

Mit Blick auf die Privatisierungen hieß es schon 2007 im Deutschen Ärzteblatt: Wegen des ökonomischen Drucks sind Personalkosten ein entscheidender Faktor. Besonders private Träger wollen Personalkosten „schnell und deutlich“ reduzieren. Mit der „Krankenhausstrukturfonds-Verordnung“ fördert der Staat Krankenhaus-schließungen.

*Wir müssen unser Gesundheitssystem wieder hochfahren, statt es weiter an die Wand zu fahren!*

### **Zuversichtlich in die Normalität!**

*In Ländern wie Schweden gibt es keinen Zwang. In etlichen US-Bundesstaaten auch nicht. Ebenso wenig eine Impfpflicht. In diesen Ländern können die Bürger ohne Lockdown und Einschränkungen wie normale Menschen leben.*

## **Unser Plan B ist ein erfolgversprechender Ausweg aus der Krise.**

Auch die österreichische FPÖ hat bereits vor Kurzem ihren mit Hilfe von Experten und Ärzten ausgearbeiteten „Plan B“ präsentiert, um das Land aus der Sackgasse der Regierung zu manövrieren. Im Mittelpunkt stehen folgende Punkte, deren Umsetzung eine Kehrtwende zum Positiven in der Corona-Politik bewirken kann.

## Fazit

Der „Plan B“ kombiniert Freiheit und Gesundheit und spielt diese beiden Werte nicht gegeneinander aus. Zwang wird durch Freiheit ersetzt. Der „Plan B“ beendet die Spaltung der Gesellschaft und das Gegeneinander, in das die Menschen von der Bundesregierung hineinmanövriert worden sei. Und der „Plan B“ ersetzt Angst und Panik durch begründete Hoffnung und Zuversicht.

## Wir wollen:

- Gesundheitssystem hochfahren, statt an die Wand fahren.
- Zuversicht und Zusammenhalt statt Panik und Spaltung.
- Corona-Therapiemöglichkeiten verbessern.
- Kein Zwang, keine Unterdrückung, keine Impfpflicht.
- Endlich wieder leben. Wie ein normaler Mensch.

Mit freundlichen Grüßen



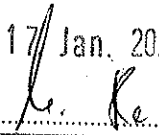
**Pierre Lamely**  
- Fraktionsvorsitzender -



**Frank Schüssler**  
- stellv. Fraktionsvorsitzender -

# Sozialdemokratische Partei Deutschlands/ Volt

Stadtverordnetenfraktion Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 17 Jan. 2022


SPD/Volt – Stadtverordnetenfraktion Fulda · Schloßstrasse 5 · 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Stadtschloß  
36010 F U L D A

23

## A N T R A G

Die SPD/Volt-Fraktion beantragt:

Für das Jahr 2022 werden keine Gebühren für die Außengastronomie in der Stadt Fulda erhoben. Außerdem soll es ermöglicht werden, die Außengastronomie für das gesamte Jahr 2022 zu betreiben.

### Begründung:

Seit nunmehr zwei Jahren leidet der Einzelhandel und die Außengastronomie unter der Corona-Pandemie. Ein Ende der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie ist zurzeit nicht absehbar.

Eine wichtiger Umsatzträger ist der gastronomische Außenbereich. Wetterbedingt war auch dieser im letzten Jahr nicht sonderlich ertragreich und konnte die Defizite aus dem Innenbereich bei weitem nicht kompensieren.

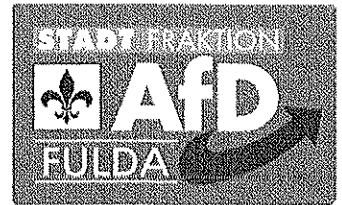
Deshalb sollte der Magistrat in diesem Jahr sowohl auf die Erhebung der Gebühren für die Außengastronomie als auch die monatliche Einschränkung verzichten.

  
Jonathan Wulf  
Fraktionsvorsitzender

Berichterstatter:  
Hans-Joachim Tritschler



# Antrag der AfD/Bündnis-C Fraktion



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 17. Jan. 2022

*[Handwritten signature]*

24

AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fraktion in der  
Stadtverordnetenversammlung

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Magistrat der Stadt Fulda  
Schlossstraße 1  
36037 Fulda

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

[pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de](mailto:pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

14.01.2022

## Ermittlung möglicher Standorte für den Ausbau „Grüner Energieerzeugung“ in Form von Gaskraftwerk(en)

Die „AfD/Bündnis-C“-Fraktion beantragt wie folgt zu beschließen:

**Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fulda beschließt,**

**mögliche Standorte für den Ausbau „Grüner Energieerzeugung“ in Form von Gaskraftwerk(en) zu ermitteln und das Ergebnis der Stadtverordnetenversammlung mitzuteilen.**

### Begründung:

Die EU-Kommission klassifiziert Erdgas als sog. „Grüne Energie“. Gemäß den kommunalen Haushaltsplänen soll solche Energie auch durch die Stadt Fulda gefördert werden. Im Vergleich zu anderen grünen Energieerzeugern wie Photovoltaik und Windkraft ist die Erzeugung durch Erdgas hocheffektiv, preiswert und niedrig im Flächenverbrauch. Ein späterer Weiterbetrieb durch die Verwendung von Wasserstoff erhöht Nutzungsdauer und -umfang

Dabei wäre die Erzeugung von Strom durch ein Erdgaskraftwerk deutlich sauberer als in Form des Dieselmotorkraftwerkes in der Frankfurter Straße, welches täglich umfangreich in Betrieb ist, wobei der Magistrat nach Anfrage unserer Fraktion zu Laufzeiten und Dieselmotorkraftverbrauch noch nicht einmal weiß, wie oft und wie sehr dadurch die Luftqualität in Fulda verschlechtert wird.

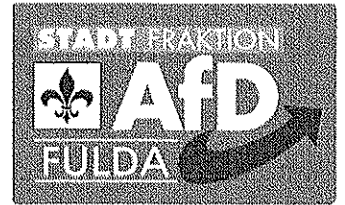
Insbesondere durch den Ausbau von volatiler Photovoltaik und Windkraft steigt der Bedarf an schnellregelbarer Zuschaltleistung, wie ihn zurzeit nur Erdgaskraftwerke bieten.

Mit freundlichen Grüßen

*[Handwritten signature of Pierre Lamely]*  
**Pierre Lamely**  
- Fraktionsvorsitzender -

*[Handwritten signature of Frank Schüssler]*  
**Frank Schüssler**  
- stellv. Fraktionsvorsitzender -

# Antrag der AfD/Bündnis-C Fraktion



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 17. Jan. 2022

*[Handwritten signature]*

25

AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Magistrat der Stadt Fulda  
Schlossstraße 1  
36037 Fulda

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

[pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de](mailto:pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

14.01.2022

## Strom- und Gasabschalt-Moratorium bis 30.06. wg. Kostenexplosion

Die „AfD/Bündnis-C“-Fraktion beantragt wie folgt zu beschließen:

**Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fulda beschließt**

- **aufgrund der Beteiligung der Stadt Fulda beim regionalen Strom-&Gas-Netzbetreiber**
  1. **die Möglichkeiten eines Strom- und Gasabschalt-Moratoriums zu prüfen,**
  2. **welches zunächst bis zum 30.06.22 bestehen soll und sich auf private Haushalte erstrecken soll, die nach Zahlungsrückständen von Abschaltungen/Absperrungen bedroht sind.**

### Begründung:

Auf den Märkten explodieren die Preise für elektrischen Strom und Gas. Auch viele Anbieter gehen durch diese Entwicklung in die Knie; sie kündigen Verträge, wodurch ihre Kunden in kostspieligen regionalen Grundversorgungstarifen landen.

Ob die Kündigungen rechtmäßig waren, prüfen zur Zeit Gerichte. Inwiefern Verbraucher im Allgemeinen durch die Kostenentwicklungen entlastet werden können, wird durch die neue Bundesregierung zu prüfen sein.

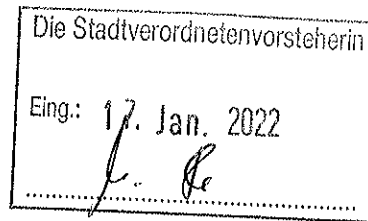
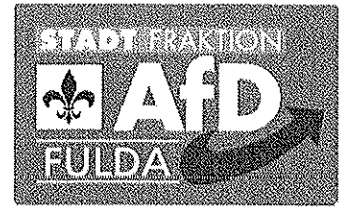
Bis entsprechende Entscheidungen gefallen sind, werden noch einige Wochen vergehen. Die Bürger vor Ort sollen aber nicht durch eine Situation, auf die sie wenig Einfluss haben, benachteiligt werden, weshalb wir ein Abschalt- bzw. Absperrmoratorium anregen, während dessen den privaten Haushalten die Energieversorgung nicht abgestellt wird.

Mit freundlichen Grüßen

*[Handwritten signature of Pierre Lamely]*  
**Pierre Lamely**  
- Fraktionsvorsitzender -

*[Handwritten signature of Frank Schüssler]*  
**Frank Schüssler**  
- stellv. Fraktionsvorsitzender -

# Antrag der „AfD / Bündnis-C“ Stadtfraktion



AfD/Bündnis-C · Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fulda - Stadtfraktion

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Schlossstraße 1  
36037 Fulda

Frank Schüssler (stellv. Fraktionsvorsitzender)

[frank.schuessler.stavo@afd-fulda.de](mailto:frank.schuessler.stavo@afd-fulda.de)



Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

17.01.2022

## Digitaler Wohngeldantrag

Die „AfD/Bündnis-C“-Fraktion beantragt wie folgt zu beschließen:

**Die Fuldaer Stadtverordnetenversammlung beschließt,**

**vor dem Hintergrund der bestehenden Kooperationsvereinbarung und Zusammenlegung der Sozialämter von Stadt und Landkreis Fulda im Behördenhaus am Schlossgarten:**

- 1) Auf der Homepage der Stadt Fulda wird künftig ein digitaler Wohngeldantrag zum Download bereitgestellt.
- 2) Dieses Formular soll zudem als digital ausfüllbares PDF Dokument auch eine papierlose bzw. papierreduzierte Antragstellung ermöglichen.

### Begründung:

Auf der Homepage der Stadt Fulda finden sich zum Thema Wohngeld derzeit nur einige allgemeine Informationen bezüglich der generellen Antragsvoraussetzungen. Darüber hinaus wird sowohl über den Weg Startseite > Bürgerservice > Sozial- und Wohnungsamt als auch über Startseite > Rathaus & Politik > Stadtverwaltung > Dezernat II - Büro des Bürgermeisters > Sozial- und Wohnungsamt lediglich auf das gemeinsame Sozial- und Wohnungsamt von Stadt und Landkreis Fulda im Behördenhaus am Schlossgarten (Heinrich-von-Bibra-Platz 5-9) verwiesen. Auch eine Google-Suche fördert hier keine andere Quelle für einen Online-Wohngeldantrag der Stadt Fulda zutage.

Vorbildlich ist dies Thematik jedoch bereits seit längerem durch den Landkreis Fulda umgesetzt worden. Hier sind über Bürgerservice > Arbeit und Soziales > Soziale Leistungen / Hilfen > Wohngeld sogar gleich zwei Versionen des Wohngeldantrags (Mietzuschuss oder Lastenzuschuss) online abrufbar. Zudem lassen sich diese Formulare auch bereits am Bildschirm ausfüllen.

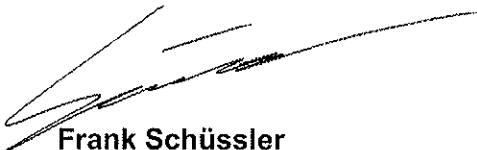
Gerade wenn Stadt und Landkreis in diesem Bereich eine gemeinsame Behördenstruktur zur Erhöhung der Bürgerfreundlichkeit betreiben, wäre es sinnvoll, wenn beide Protagonisten auch

ein einheitliches Service- und Formularangebot bereitstellen würden.

Dies würde nicht nur vermeidbare Hürden für die Antragsteller entschärfen (keine doppelten Wege zur Behörde; nicht jeder Antragstellerhaushalt verfügt zwingend über einen Drucker), sondern auch die Behörde und deren Mitarbeiter entlasten, da sich die Anzahl der Bürger- bzw. Terminkontakte stark vermindern ließe, wenn ein Antragsteller den fertig vorausgefüllten Antrag (sowie die benötigten Nachweise) bereits beim Erstkontakt mit dem Sachbearbeiter oder der Sachbearbeiterin vorlegen kann. Sei es als klassischen papierbehafteten Ausdruck oder z.B. digital per Vorabereinreichung über E-Mail.

Wir betrachten eine entsprechende Umsetzung nicht nur als Win-Win-Situation für Bürger und Behörde, sondern auch als eine gute Gelegenheit, den nur allzu häufig genutzten Begriff der „Digitalisierung“ hier aus der Sphäre des bloßen politischen Schlagwortes in einen tatsächlichen Mehrwert zu überführen.

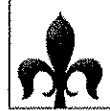
Mit freundlichen Grüßen



**Frank Schüssler**  
- stellv. Fraktionsvorsitzender -



**Pierre Laméty**  
- Fraktionsvorsitzender -



CDU Stadtverordnetenfraktion Fulda

An Frau  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Stadtschloss

36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 18. Jan. 2022

*M. Re.*

27

Fulda, 17.01.2022

Gemeinsamer Antrag von CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und CWE  
betreffend die **Einrichtung eines Bürgerbusses**

## ANTRAG

CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und CWE beantragen gemeinsam,  
der Magistrat möge im Rodetal und im Fuldataal je einen sog. Bürgerbus anschaffen und  
für Fahrten zur Verfügung stellen.

### Begründung:

Ein Bürgerbus ist eine wichtige Ergänzung zum regulären Nahverkehrsangebot und ermöglicht insbesondere älteren Menschen den Besuch von Ärzten, Apotheken und Geschäften des täglichen Lebens. Damit tragen sie erheblich zur Lebensqualität bei. Betrieben werden sie meist von Vereinen, am Steuer sitzen ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger. In einem Pilotprojekt soll analog dem ehrenamtlichen Engagement in Tann und Künzell im Rodetal und im Fuldataal je ein Bürgerbus zur Verfügung gestellt werden, um den Menschen vor Ort eine Ergänzung zum Nahverkehrsangebot zu schaffen.

Patricia Fehrmann  
Fraktionsvorsitzende CDU

Martin Jahn  
CWE

Michael Grosch  
Fraktionsvorsitzender FDP

Elke Diegelmann  
CWE

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 18. Jan. 2022

# **DIE LINKE. Die PARTEI**

**DIE LINKE. Die PARTEI – Die FRAKTION in der Stadtverordnetenversammlung  
Fulda**

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Stadtschloss  
Schlossstraße 1  
36037 Fulda



Philipp Garrison  
Wallweg 45  
36043 Fulda  
dielinke.diepartei-fulda@posteo.de

Fulda, 16.01.2022

## **Antrag SVV 31.01.2022**

### **Mobilitätskonzept des Hessentags**

Fulda beantragte einstimmig die erneute Bewerbung für den Hessentag 2026. In diesem Kontext werden eine Vielzahl von Personen die Stadt besuchen. Da davon auszugehen ist, dass viele der Besucher:innen nicht nur mit ihren PKWs anreisen, sondern sich auch ggf. mit diesem im Umkreis der Stadt bewegen werden, kann dies zu einer Belastung der hiesigen Infrastruktur als auch der hier wohnenden Bürger:innen führen. Zudem würden die Umwelt durch diese Verkehrsbewegungen unnötigerweise zusätzlich belastet werden.

Gleichzeitig werden sicherlich auch Besucher:innen nach Fulda einreisen, deren Bewegung eingeschränkt ist.

Aus diesem Grund beantragen wir:

- 1) Die Erarbeitung eines Mobilitätskonzeptes für den Hessentag, durch welches die Verkehrslage im innenstädtischen Bereich und die hier wohnenden Bürger:innen nicht zusätzlich belastet wird (bspw. Verkehrsknotenpunkte, externe Parkmöglichkeiten mit Anschluss an den ÖPNV, etc.)
- 2) Einen kostenlosen ÖPNV im Zeitraum des Hessentags.
- 3) Die Bereitstellung von ausreichend Rollstühlen in den Eingangsbereichen des Hessentags sowie an den Hauptverkehrsknotenpunkten (z. B., Bahnhofsbereich), sodass Personen mit Bewegungseinschränkungen ohne Hindernisse an diesem partizipieren können.
- 4) Die Bereitstellung von genügend Sitzmöglichkeiten, die in regelmäßigen Abständen aufgestellt werden, sodass ältere Menschen und Personen mit einem eingeschränkten Bewegungsradius über genügend Ausruh- und Verweilmöglichkeiten verfügen.

- 5) Die Bereitstellung von genügend öffentlichen sanitären Einrichtungen an wesentlichen Knotenpunkten, da dies insbesondere für ältere Personen einen relevanten Faktor darstellt.

P. Garrison

Philipp Garrison

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 18. Jan. 2022

# **DIE LINKE. Die PARTEI**

**DIE LINKE. Die PARTEI – Die FRAKTION in der Stadtverordnetenversammlung  
Fulda**

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Stadtschloss  
Schlossstraße 1  
36037 Fulda

29

Philipp Garrison  
Wallweg 45  
36043 Fulda  
dielinke.diepartei-fulda@posteo.de

Fulda, 16.01.2022

## **Antrag SVV 31.01.2022**

### **Mobilitätskonzept der Landesgartenschau**

Die Landesgartenschau wird voraussichtlich im kommenden Jahr durchgeführt werden. In diesem Kontext wird eine Vielzahl von Personen die Stadt besuchen. Da davon auszugehen ist, dass viele der Besucher:innen nicht nur mit ihren PKWs anreisen, sondern sich auch ggf. mit diesem im Umkreis der Stadt bewegen werden, kann dies zu einer Belastung der hiesigen Infrastruktur als auch der hier wohnenden Bürger:innen führen. Zudem würden die Umwelt durch diese Verkehrsbewegungen unnötigerweise zusätzlich belastet werden.

Gleichzeitig werden sicherlich auch Besucher:innen nach Fulda einreisen, deren Bewegung eingeschränkt ist.

Aus diesem Grund beantragen wir:

- 1) Die Erarbeitung eines Mobilitätskonzeptes für die Landesgartenschau, durch welches die Verkehrslage im innenstädtischen Bereich und die hier wohnenden Bürger:innen nicht zusätzlich belastet wird (bspw. Verkehrsknotenpunkte, externe Parkmöglichkeiten mit Anschluss an den ÖPNV, etc.)
- 2) Einen kostenlosen ÖPNV im Zeitraum der Landesgartenschau 2023.
- 3) Die Bereitstellung von ausreichend Rollstühlen in den Eingangsbereichen der Landesgartenschau, sodass Personen mit Bewegungseinschränkungen ohne Hindernisse an der Landesgartenschau partizipieren können.
- 4) Die Bereitstellung von genügend Sitzmöglichkeiten, die in regelmäßigen Abständen aufgestellt werden, sodass ältere Menschen und Personen mit einem eingeschränkten Bewegungsradius genügend Ausruhm- und Verweilmöglichkeiten besitzen.

*P. Garrison*

Philipp Garrison



## Stadtfraktion Bündnis90/Die Grünen

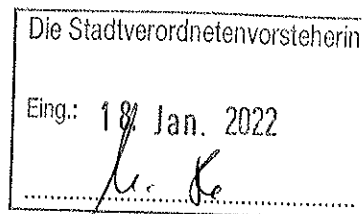
Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

info@gruene-fulda.de

0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Schlossstraße 1

36037 Fulda



Fulda, 11.01.2022



### Antrag

### Neues Kultur-Veranstaltungsformat „Human Library“

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

Bündnis 90/Die Grünen beantragt als neues Kultur- und Veranstaltungsformat die Einrichtung einer sog. Human Library. Dieses Projekt „gibt es in mehr als 80 Ländern. Berlin und Zürich haben inzwischen „Human Libraries“, vereinzelt Veranstaltungen der „Human Library“ gab es bereits in verschiedenen deutschen Städten. Ersonnen und gegründet wurde das Projekt im Jahr 2000 in Dänemark.

Analog der Reihe „Literatur im Stadtschloss“ soll künftig 1x jährlich das Format „Human Library“ stattfinden. In der Human Library „leiht“ man „menschliche Bücher“ aus. In einem angenehmen und sicheren Gesprächs-Setting wird die Möglichkeit geschaffen, auch schwierige Fragen zu stellen, zu beantworten und wertzuschätzen. Statt Schublade, Vorurteil und Klischee erfährt man im Gespräch etwas über einen Menschen, über dessen Gefühle, Wünsche und Sehnsüchte, aber auch Ängste und Nöte.

Die persönlichen Geschichten der „Bücher“ schaffen ein besonderes Tiefenverständnis. Aus einem Label wie Priester, Vergewaltigungsoffer, Polizist, Immigrant, Nonne, Bauer, Jude, Punk, Alter Mensch, Lehrer, Arbeitsloser, Künstler oder Alleinerziehende etc. wird die persönliche Lebensgeschichte eines Menschen mit all ihren Höhen und Tiefen. Wichtig: Das Setting ist ein Gespräch, kein Interview – auch die „Bücher“ sollen und können Fragen an die „Leser/innen“ stellen.

Ganz genau wie in einer echten Bibliothek regelt auch in der „Human Library“ eine Bibliotheksordnung die Formalia und schafft das spezifische Setting. Ein Katalog der „Bücher“ bietet kurze Zusammenfassungen, um den Lesenden zu vermitteln, über welches Thema sie sich unterhalten können und welches Buch sie ausleihen können. Auch „Wörterbücher“ (= Dolmetscher) sind vorhanden, falls Bücher und Lesende verschiedenen Sprachen sprechen und Unterstützung benötigen. Ein Gespräch findet mit max. 3 Personen statt und dauert 30 Minuten.

Die Human Library kann auch jeweils unter ein bestimmtes Oberthema gestellt werden (Berufe, Migranten, Frauen, Bewohner Altenheime, Menschen mit Suchtproblemen, Religion etc.), es könnten Fulda-spezifische Themen aufgegriffen werden oder man kann sie ganz bunt und vielfältig anbieten.

Über das Originalprojekt „Human Library“ kann man sich hier informieren:

<https://humanlibrary.org/>

Sehr gute Einblicke erhält man auf der Züricher Seite der Living Library:  
<https://livinglibrary.ch/>

Und hier kann man nachlesen, wie das Format in Potsdam umgesetzt wurde:  
<https://www.potsdam.de/727-eine-menschliche-bibliothek-zum-tag-der-toleranz>

Das SZ-Magazin vom 28.10.21 stellt vor, wie eine „Human Library“ funktioniert:  
<https://sz-magazin.sueddeutsche.de/die-loesung-fuer-alles/human-library-ronni-abergel-90820>

## **Begründung**

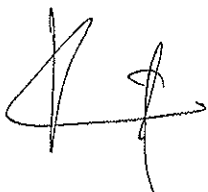
Das Projekt der „Human Library“ hat v.a. den Zweck, Vorurteile durch Kontakt und Dialog zu bekämpfen und ist so ein wichtiger Beitrag zum Demokratieverständnis und Miteinander in der Gesellschaft.

- Austausch statt Schublade: Das Gespräch ersetzt das Label mit der komplexen Geschichte eines Menschen, mit all seinen Gefühlen und Erfahrungen.
- Miteinander reden statt übereinander urteilen: Empathie und Wissenserwerb ersetzen Klischees und Vorurteile.
- Wahrgenommen werden: Für die teilnehmenden „Bücher“ geht es um die Frage, wie sie von anderen wahrgenommen werden. Sie können in den Gesprächen ihre eigenen Rollen ebenso überdenken wie die Lesenden.
- Persönlich vermitteltes Wissen: Die Menschen, die man in der „Human Library“ ausleiht, vermitteln auf sehr persönliche Weise Wissen. Oft sind es Personen, die in ganz unterschiedlicher Weise mit Stereotypisierungen konfrontiert sind.
- Einzelthemen oder Hauptthemen: „Human Libraries“ können ganz verschiedene Themen abbilden, genauso aber auch unter einen Hauptthema stehen, etwa Zivilcourage, Gewalt, Gleichberechtigung, Faschismus, Me too, Eltern, Demokratie etc.
- Vorbereitung und Betreuung: Die teilnehmenden „Bücher“ werden sorgfältig auf ihre Rollen vorbereitet.

Ähnlich wie bei der Reihe „Literatur im Stadtschloss“ kann mit den Fuldaer Schulen kooperiert werden, um gerade Jugendliche für die Reihe zu interessieren.

Das Projekt „Human Library“ sowie die thematische Auswahl soll, ebenfalls analog der Literaturreihe, durch ein (noch zu gründendes) Team betreut werden, das dann auch die Vorbereitung und Betreuung der „menschlichen Bücher“ übernimmt.

Jutta Hamberger



Silvia Brünnel  
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/ DIE GRÜNEN  
der Stadtfraktion Fulda

## Stadtfraktion Bündnis90/Die Grünen

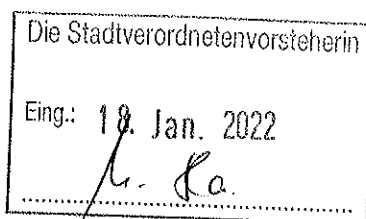
Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

[info@gruene-fulda.de](mailto:info@gruene-fulda.de)

0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Schlossstraße 1

36037 Fulda



Fulda, 16.01.2022



### Antrag auf Bereitstellung einer witterungsgeschützten Fahrradabstellanlage im Bereich des Esperantoplatzes

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, im Bereich des Esperantoplatzes eine witterungsgeschützten Fahrradabstellanlage bereitzustellen.

#### Begründung

Rund um den Esperantoplatz finden sich eine Reihe vielbesuchter Örtlichkeiten wie das Esperanto Kongress- & Kulturzentrum Fulda oder die Volkshochschule. Leider gibt es hier keine Möglichkeit, ein Fahrrad (spontan) sicher, sowie schnee- und regengeschützt abzustellen.

Um es attraktiver zu machen, den Esperantoplatz mit dem Fahrrad anzufahren, beantragen wir, dass dort eine witterungsgeschützte Fahrradabstellanlage aufgestellt wird. Die Mittel wurden mit dem von der FDP am 08. November 2021 (Antrag Nr. 72/Produktbereich 12-1010) eingebrachtem und bewilligten Haushaltsantrag bereits hinterlegt.

Die Fahrradabstellanlage sollte für ca. 20 Fahrräder ausgelegt sein. Die einzelnen Fahrradhalterungen sollen unter Berücksichtigung der DIN 79008 und der technischen Richtlinie TR6102-091 ausgewählt werden (siehe hierzu die Fahrradabstellanlage auf dem Bahnhofsvorplatz).

Dr. med. Ralf Schneider

i.V. Silvia Brünnel  
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/Die Grünen  
der Stadtfraktion Fulda

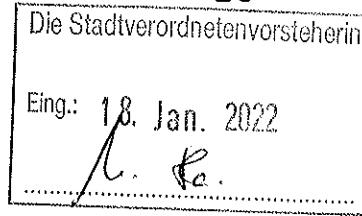
## Stadtfraktion Bündnis90/Die Grünen

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

stadtfraktionfd@gruene-fulda.de

0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Schlossstraße 1



Fulda, 11.01.2022

36037 Fulda



### Antrag

#### Les- und sichtbare Nummerierung der Stühle im Fürstensaal

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

Bündnis 90/Die Grünen beantragt eine Neu-Nummerierung der Stühle im Fürstensaal. Die Plaketten mit der Nummer sollen nicht mehr verborgen und unten direkt über der Sitzfläche, sondern oben und gut sichtbar an der Lehne angebracht werden. Sie sollen außerdem der besseren Sichtbarkeit halber weiß mit schwarzer Beschriftung sein (analog zu den Schildern der Reihenbeschriftung).

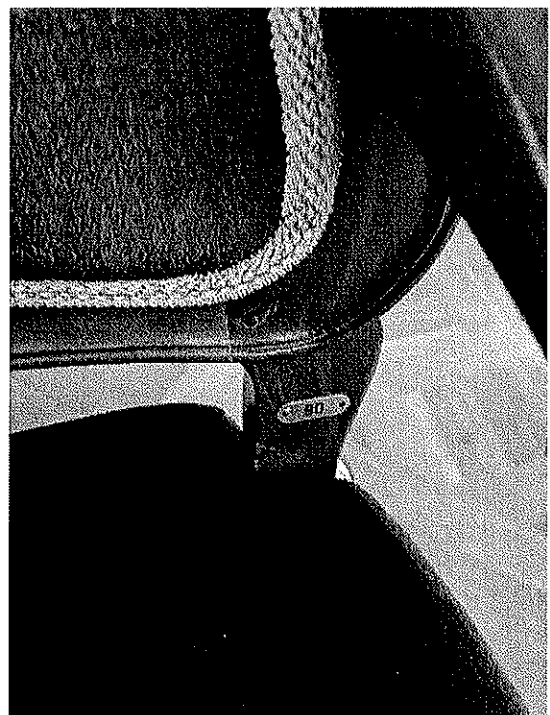
### Begründung

Wer regelmäßig zu Veranstaltungen im Fürstensaal ist, für den ist es eine gewohnte Situation: suchende Blicke, sich steigernde Verzweiflung, und schließlich die Frage: „Wissen Sie, wo die Platznummer angebracht ist?“

- Gerade für das typischerweise ältere Publikum in Konzerten ist es eine akrobatisch-detektivische Aufgabe, die Platznummer zu finden und zu entziffern.
- Das löst kein Wohlgefühl aus, sondern fühlt sich peinlich an.
- Ein Hilffsystem (= wo ist mein Platz) muss für die intendierte Zielgruppe funktionieren, das ist wichtiger als die jetzige zwar sehr ästhetische, aber nicht funktionale Gestaltung (siehe angehängtes Foto).

Jutta Hamberger

i.V. Silvia Brünnel  
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/ Die Grünen  
der Stadtfraktion Fulda



## Stadtfraktion Bündnis90/Die Grünen

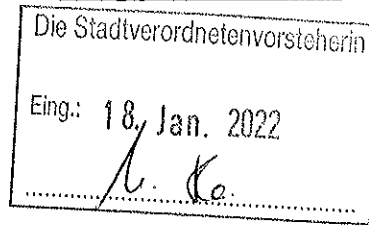
Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

info@gruene-fulda.de

0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Schlossstraße 1

36037 Fulda



Fulda, 11.10.2021

33

### Meldeplattform Radverkehr

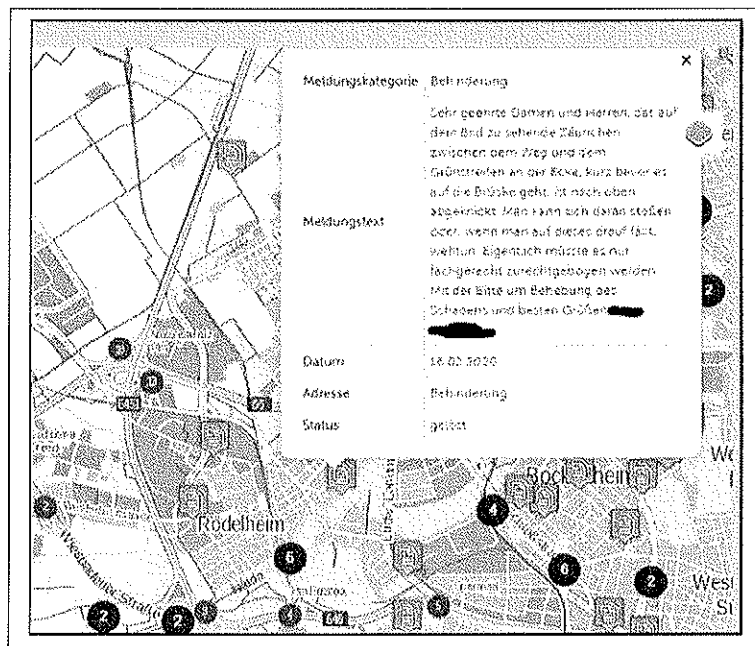
Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt in der Meldeplattform Radverkehr die Aktivierung der Funktionalität „Zur öffentlichen Darstellung freigeben“.

### Begründung

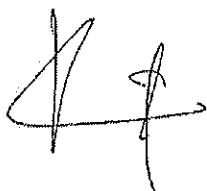
Unter der Web-Adresse [www.meldeplattform-radverkehr.de](http://www.meldeplattform-radverkehr.de) können deutschlandweit in den beteiligten Städten und Landkreise zielgenau Mängeln für den Radverkehr gemeldet und verwaltet werden. Auch in Fulda werden hier frühzeitig nicht offensichtliche Mängel der (Rad)-Infrastruktur erfasst. Hierzu gab es bereits Anfragen und Berichte in der Stadtverordnetenversammlung.

Die Anwendung verfügt über die Funktionalität, eine Meldung und ihren Bearbeitungsstand öffentlich anzuzeigen. Diese Funktion nutzen z.B. die Städte Frankfurt a.M. und Gießen (siehe Screenshot):



Wir beantragen, dass auch die Stadt Fulda den Bearbeitungsstand auf der Plattform wie oben beschrieben öffentlich macht. Die würde die Fuldaer Bürgerinnen und Bürger dazu animieren, dieses Projekt zu unterstützen, es würde unnötige Doppeleingaben vermeiden und die Verwaltung wieder ein Stück transparenter und bürgernäher machen.

Dr. med. Ralf Schneider

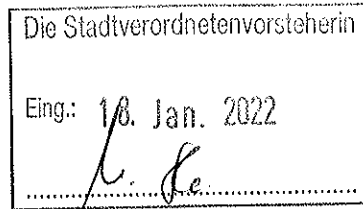
A handwritten signature in black ink, appearing to be 'S. Brünnel', written in a cursive style.

i.V. Silvia Brünnel  
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/Die Grünen  
der Stadtfraktion Fulda

# DIE LINKE. Die PARTEI

DIE LINKE. Die PARTEI – Die FRAKTION in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

Frau  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Stadtschloss  
Schlossstraße 1  
36037 Fulda



Ute Riebold  
Heinrichstraße 10  
36037 Fulda  
dielinke.diepartei-fulda@posteo.de  
ute@riebold.eu  
0170 6 123 181 • 0661 90 15 236  
Fulda, 18.01.2022

Antrag  
SVV 31.01.2022



## Keine Autoausstellung in der Innenstadt

### Beschlussvorschlag


Für den am 23. und 24. April geplanten „Autojournaltag – Autoausstellung“ wird nicht der öffentliche Raum der Innenstadt zur Verfügung gestellt.

### Begründung

Seit 2009 wird diese Ausstellung auf dem Messegelände Fulda Galerie veranstaltet. Diese im Jahr 2022 in das Fuldaer Stadtzentrum zu verlegen, erschließt sich nicht. Den öffentlichen Raum der Innenstadt aufgrund einer Präsentation von Autos in einem noch höheren Maße dem Automobil zuzubilligen, wirkt vor dem Hintergrund einer gebotenen Änderung des Mobilitätsverhaltens anachronistisch. Dass der Magistrat den Veranstaltern empfiehlt, das Angebot im Sinne einer umfassenden Konzeption zum Thema „zukunftsweisende Mobilität“ auszurichten, ändert das nicht. Auch Elektroautos u. ä. können besser auf dem Messegelände präsentiert werden.

Für eine Ausstellung, die „zukunftsweisende Mobilität für Innenstädte“ (Fahrräder, Lastenfahrräder, kleine Autos mit alternativen Antrieben u. ä.) zum Inhalt hat, wäre die Innenstadt eine angemessene Location.

Die Begründung für den geplanten verkaufsoffenen Sonntag am 24.04.2022 liest sich, als sei der primäre Grund für die Verlegung der Ausstellung in die Innenstadt, dass diese so als Begründung für einen verkaufsoffenen Sonntag dienen kann. Auch wenn der Weiße Sonntag nicht zu den Sonn- und Feiertagen gehört, die nach § 6 HLöG (Hessisches Ladenöffnungsgesetz) nicht freigegeben werden dürfen, so ist dieser in Fulda traditionell doch ein Tag, der der Religionsausübung und der Familie vorbehalten bleiben sollte und nicht dem Einkaufen und der Tätigkeit im Einzelhandel dienen sollte.

  
Ute Riebold

Vgl.:

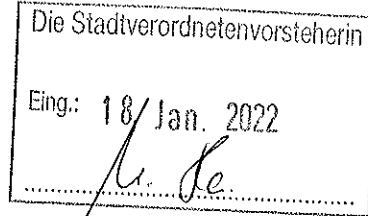
Niederschrift über die 1. Sitzung des Magistrats am 10.01.2022

Allgemeinverfügung zur Freigabe eines verkaufsoffenen Sonntags in Fulda (Freigabeentscheidung) vom 10.01.2022

# DIE LINKE. Die PARTEI

DIE LINKE. Die PARTEI – Die FRAKTION in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

Frau  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Stadtschloss  
Schlossstraße 1  
36037 Fulda



Ute Riebold  
Heinrichstraße 10  
36037 Fulda  
dielinke.diepartei-fulda@posteo.de  
ute@riebold.eu  
0170 6 123 181 • 0661 90 15 236  
Fulda, 18.01.2022

Antrag  
SVV 31.01.2022



## Hochbeete fördern

### Beschlussvorschlag

Für die im öffentlichen Straßenraum in Absprache mit der Stadt Fulda aufgestellten Hochbeete werden keine Gebühren erhoben.

### Begründung

Hochbeete sind ein Beitrag zur Verbesserung des Stadtklimas, gut für Bienen und andere Insekten sowie den Erhalt von Artenvielfalt. Dennoch werden vom Projekt „Essbare Stadt Fulda“ Gebühren erhoben – obwohl die „Satzung über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen und über Sondernutzungsgebühren“ der Stadt Fulda diese Art der Nutzung explizit gar nicht vorsieht. Dennoch kann mittels einer Satzungsänderung hier für Klarstellung gesorgt werden.

  
Ute Riebold